

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 64 (1985)
Heft: 3

Artikel: Wie geht es weiter in der österreichischen Politik? : Hainburg und die Folgen
Autor: Cap, Josef / Pelinka, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340239>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

grenzt. Sie müssen nur als Strategien erkannt und angewendet werden. Wir brauchen dazu allerdings die richtigen Menschen. Leute, die ihr Fach verstehen, die Einfühlungsvermögen in die Probleme anderer besitzen, also auch interdisziplinär denken können; Menschen, die kooperieren und nicht diktieren; kreative Mitarbeiter mit Phantasie und dem Mut, Phantastisches in Realistisches zu verwandeln; Politiker und Manager, die dem «Morgen» noch eine Chance lassen, auch wenn es in der Ge-

genwart unpopulär ist, die mit einem Wort «strategisch denken und führen!»

Anmerkungen:

1 F. Capra, Wendezeit, Bern – München – Wien 1983, S. 472.

2 Julian Uher, Middle Management, 1976. Motivationsstudie und Ausbildungskonzept, Ausarbeitung für eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Minister Dallinger.

3 Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, «Österreichische Forschungskonzeption '80» und «Technisch-wirtschaftliche Innovation», Studien eines Expertenteams unter Redaktion der Professoren Detter und Hinterhuber.

Wie geht es weiter in der österreichischen Politik?

Hainburg und die Folgen

Eine Übersicht von Josef Cap und Peter Pelinka

1. Hainburg steht für eine wachsende Auflösung traditioneller politischer Lager in Österreich

Selten zuvor in der österreichischen Nachkriegsgeschichte musste man in einer wichtigen politischen Auseinandersetzung so verwirrt sein wie in der Frage Hainburg: Auf der einen Seite die Regierungsparteien (weit weniger gespalten als in der Frage Zwentendorf), die ÖVP (mit schon wesentlich mehr «Dissidenten») und die Spitzen von ÖGB, Industriellenvereinigung, Arbeiterkammern und Bundeswirtschaftskammer. Auf der anderen Seite die früher der ÖGB-Spitze nahestehende grösste Zeitung Österreichs, zahlreiche mehr oder minder glaubwürdige Vertreter der «grünen» Szene, grössere Teile der ÖVP, kleine der SPÖ sowie eine Vielzahl von Wissenschaftlern, Künstlern und andern «opinion leaders». Diese scheinbar verwirrenden «Bedürfnisse» zu Einzelfragen wird es in Zukunft in wachsender Zahl geben, vor allem bei Fra-

gen, die nicht von vornherein relativ einfach weltanschaulich zuzuordnen sind. Das ist ein entscheidendes Merkmal der «Amerikanisierung» der Politik, die basiert:

- auf der Tendenz zur weiteren Entideologisierung in allen weltanschaulichen Lagern;
- auf der Auflösung der an diese Lager gebundenen festen kulturellen, sozialen und geistigen Grenzen;
- auf einer wachsenden Personalisierung der Politik, die wiederum Hand in Hand geht mit der wachsenden Bedeutung der Medien für die Information und Kommunikation der Bevölkerung;
- auf der wachsenden Kritik an den Berufspolitikern, Experten und Technokraten und der damit zusammenhängenden Bereitschaft von politischen «Amateuren», aktiv in gesellschaftliche Entscheidungen einzugreifen;
- und auf der damit verbundenen Infragestellung des Entscheidungsmonopols für verfassungsmässige (Parlament) und

ausserhalb der Verfassung stehende (Sozialpartnerschaft) Institutionen.

2. Hainburg steht für schwere taktische Fehler in der Umweltpolitik

Zweifellos haben SPÖ und die von ihr geführte Bundesregierung wesentliche Schritte in der Umweltpolitik getan. Das in Villach bei der Klubklausur vorgestellte Umweltschutzprogramm zählt ebenso dazu wie die zusätzlichen Massnahmen, die anlässlich der Regierungsklausur im Januar vereinbart wurden. Dennoch hat die SPÖ ganz im Gegensatz zu diesen Punkten nach Hainburg mehr denn je das Image einer «Betoniererpartei»:

- weil der Bau eines konkreten Kraftwerkes nicht unbedingt etwas in einer bindenden Regierungserklärung zu suchen hat;
- weil die immer wieder angelegten Alternativen für den Standort des Donaukraftwerkes Hainburg offenbar nicht gründlich genug geprüft wurden (dass es sie gibt, wird sich spätestens in einigen Monaten herausstellen);
- weil das wachsende Unbehagen in der Bevölkerung über gewisse Praktiken in der Energiewirtschaft unterschätzt wurde;
- weil immer wieder zwischen durch Rufe nach taktischen Hintertürchen für die Inbetriebnahme Zwentendorfs laut wurden und werden;
- und weil man den vielfältigen Absichten der Umweltschützer unrecht tut, wenn man sie ausschliesslich als eindimensional fixierte bezeichnet.

3. Hainburg steht für schwere politische Fehler

Im Herbst 1984, Monate nach Vorstellung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens und Wochen vor der Hainburg-Auseinandersetzung, hatten erst 20 000 Menschen das Volksbegehren unterschrieben. Lächerlich we-

nig angesichts der täglich trommelnden «Kronen-Zeitung». Die gewaltige Aufwärtsbewegung gab es erst,

– nachdem die ORF-Führung Freda Meissner-Blau die Diskussionsführung im Club 2 entzog, was zu einer gewaltigen Solidarisierung im gesamten liberal-radikaldemokratischen Lager führte, vor allem bei Intellektuellen, Künstlern und Journalisten;

– nachdem kurz darauf der SP-Parteivorstand auf Grund derselben provokativen Äusserung Meissner-Blaus gegen Landesrat Brezovszky und der Solidarisierung von Günther Nenning die Einsetzung eines Schiedsgerichtes beschloss, andererseits kein Wort des prinzipiellen Protestes gegen die Massnahmen im ORF fand (womit endgültig eine «Verschwörung der Mächtigen» von Küniglberg und Löwelstrasse konstruierbar wurde);

– nachdem auf Grund von Polizeieinsätzen auch viele von denjenigen, denen Hainburg sympathisch oder egal war, aus demokratiepolitischen Gründen an die Seite der Aubesetzer traten und nachdem ihre Zahl noch durch unsympathische und verkürzende «Hintermännertheorien» erhöht wurde;

– nachdem auf eine vielfach undifferenzierte Sicht der Gewerkschaftsbewegung durch die Aubesetzer eine noch schädlichere Hetze gegen «die Studenten» oder «die Intellektuellen und Künstler» gefolgt war;

– und nachdem man weder die Abwicklung des Volksbegehrens abzuwarten gewillt war noch die diversen juridischen Einsprüche gegen erlassene Bescheide.

Dies alles hat dazu geführt, dass der erhoffte Sympathieaufschwung nach der Regierungsumbildung nur wenige Wochen hielt, dass die Regierung für kurze Zeit den Anschein der Abhängigkeit von einzelnen ÖGB-Spitzenfunktionären erweckte

und dass dem bis dahin äusserst heterogenen Lager der organisierten Grün-Alternativen zwei integrative und bekannte Leitfiguren förmlich geschenkt wurden.

4. Hainburg steht für eine abnehmende Bedeutung traditioneller Machtträger und für eine Neuaufteilung politischer Macht

Zwentendorf war schon das erste Anzeichen dafür: Trotz der klaren Festlegung der Sozialpartner und trotz einer klaren Empfehlung der Regierung scheiterte die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes. Diesmal wurde die abnehmende Bedeutung traditioneller Machtträger noch klarer sichtbar: Alle drei Parlamentsparteien hatten sich mit unterschiedlicher Mehrheit für den Bau eingesetzt, dazu noch sämtliche Sozialpartnerorgane. Und dennoch deuten alle Anzeichen darauf hin, dass das Projekt – zumindest nicht in der eingereichten Form – durchsetzbar ist. Das ist nicht nur das Produkt einer seltsamen Bündniskoalition der Gegner (ein schwerpunktmässig konservatives Boulevardblatt mit Jugendgruppen aus allen weltanschaulichen und religiösen Lagern bis hin zu deklariert alternativlinken Gruppen und der überwiegenden Mehrheit all dessen, was sich in Österreich künstlerische und wissenschaftliche Elite nennt). Das ist auch ein deutliches Signal, dass die Zeiten endgültig vorbei sind, in denen ein «Zusammensetzen» der Sozialpartner hinter verschlossenen Türen genügte, um technokratische Sachzwangspolitik über die Bühnen von Parteien und Parlament zu bringen. Denn:

Mit der wachsenden Bedeutung der Medien im Zuge der Amerikanisierung der Politik wächst auch ihr Hang zum Aufdecken und «Trendsetter»-Journalismus. Vor allem bei den Printme-

dien, die nur so der Konkurrenz der elektronischen Medien – die bei der reinen Nachrichtenübermittlung unschlagbar sind – standhalten können. Damit wird aber auch ihr Drang nach «Politik-Machen» grösser, mit all den Vor- und Nachteilen, die das für eine demokratische Gesellschaftsentwicklung haben kann. Zahlreiche wirkliche Skandale der letzten Zeit wären auch in Österreich ohne kritische Medien nicht aufgedeckt worden. Gleichzeitig bringt die extrem hohe Monopolisierung des Zeitungsmarktes die Gefahr unkontrollierter Machtentfaltung der «Riesen» mit sich. Auf jeden Fall sind Zustände überholt, in denen gerade auch die zwei grössten Printmedien durch Einflussnahme der Sozialpartner im Ernstfall dirigierbar erschienen.

In den Sozialpartnergruppen selbst wächst die innere Differenzierung. Die vielfältigen Entwicklungen in der Arbeitswelt, neue Technologien und soziale Verschiebungen, führen auch im ÖGB immer mehr zu unterschiedlichen Meinungen über die Möglichkeit der Fortführung traditioneller Politik und über die Notwendigkeit, auf den stärkeren Wunsch in Richtung Mitwirkung oder weitgehender Selbstbestimmung am Arbeitsplatz und im ÖGB selbst mehr einzugehen – und dies nicht nur bei Spitzenfunktionären. Das Auftreten neuer Gewerkschaftsgruppen – von denen etwa «Alternative Gewerkschafter» bei den VOEST-Angestellten sensationelle acht Prozent erhielten – ist dafür ebenso ein Symptom wie unterschiedlich «harte» Aussagen zu Hainburg zwischen der Angestelltengewerkschaft (wo es nach Aussagen von GPA-Vorsitzendem Dallinger eine beachtliche Minderheit gegen den Bau gibt) und den unmittelbar betroffenen Bau- oder Metallarbeitern.

Ähnliche Phänomene sind auch auf der anderen Seite bemerkbar: Ist zwar die Industriellenvereinigung (zumindest ihr Generalsekretär Krejci) entschiedenste Stimme für so ziemlich alle Kraftwerke, die zur Diskussion stehen, so sehen die Dinge in der Bundeswirtschaftskammer schon anders aus: Präsident Sallinger und sein Wiener Spiegelbild Dittrich werden kritisiert, Wirtschaftsbund-Generalsekretär Schüssel unterstützt offen den Kurs seines Freundes Busek gegen den Bau, und immer mehr Funktionäre bezweifeln die Sinnhaftigkeit von «Grossprojekten» für ihre kleingewerbliche Mitgliederstruktur.

Noch differenzierter sieht es innerhalb der drei Parlamentsparteien aus: In der SPÖ bleiben die auch sonst kritischen Bereiche vor den Hainburg-Auseinandersetzungen relativ ruhig (zu sehr ist man hier prinzipiell für den Wasserkraftausbau), danach wuchs das Unbehagen. Ausserdem gab und gibt es über das weitere Vorgehen beträchtliche Auffassungsunterschiede zwischen der Regierungs- und Parteispitze und einigen ÖGB-Funktionären.

In der ÖVP sieht es noch viel zerklüfteter aus: Zwei stellvertretende Parteivorsitzende haben sich klar auf einen «Grün-Kurs» festgelegt, dazu die Frauen- und die Jugendorganisation sowie der Generalsekretär des grössten Bundes, des ÖAAB. Dagegen meutern der Energiesprecher der Partei, der ehemalige Obmann und jetzige Industriesprecher, der aussenpolitische Sprecher und einige Abgeordnete als Mandatsträger der Industriellenvereinigung. Es wäre für die SPÖ verhängnisvoll, dies bloss als Ausdruck einer «Doppelstrategie» zu werten, dahinter verbergen sich Wertumbrüche, die alle Parteien erfasst haben.

In der FPÖ schliesslich konnte nicht einmal bei einer der wenigen an sich unumstrittenen Fragen – eben dem Ja zu Hainburg – ein neuerlicher interner und öffentlicher Streit vermieden werden. Kein Zufall: Muss doch diese Partei im Falle einer Formierung einer starken «Grün-Partei» um ihr parlamentarisches Überleben fürchten. Ein Haider könnte zuwenig sein, in genügendem Masse das Protestpotential zu binden, einige «Nationale» zuwenig, um das Abwandern anderer Wähler nach ganz rechts zu verhindern, eine klare Anti-Zwentendorf-Linie zuwenig, um sich glaubwürdig als blaugrün zu präsentieren.

5. Hainburg steht für einen grundlegenden Wertewandel in der jungen Bevölkerung – nicht nur in ihr

Die heutigen Machtträger in Politik und Wirtschaft – meist zwischen vierzig und sechzig Jahren – gehören derjenigen Generation an, die als Kinder von unmittelbaren oder mittelbaren Bürgerkriegs- und Weltkriegserlebnissen, als Jugendliche von der Zeit der (Nach)Kriegswirren und des Wiederaufbaus geprägt wurden. Das unbestrittene Credo der fünfziger, sechziger und teilweise noch der siebziger Jahre war davon geprägt: Wirtschaftswachstum, individueller Aufstieg, «Leistung», Sozialpartnerschaft, Konfliktscheu und mangelnde Aufarbeitung der eigenen Geschichte. Das hat sich heute gründlich geändert. Nun ist es keineswegs so, dass in ähnlicher Geschlossenheit «alternative» Werte vorhanden wären, aber die Geschlossenheit ist weg. Ähnlich wie in der BRD (wo eine eben veröffentlichte Studie den Bezug zwischen drastischen Änderungen des Parteiensystems und höchst unterschiedlichen «Milieus» herstellt) gibt es auch in Österreich unter Jugendlichen

höchst unterschiedliche Werte, Kulturen, Lebensweisen und Interessen. Grob schematisiert:

- Bewusst gesellschaftskritische «Linke», zum Unterschied von den siebziger Jahren «offener» und organisationsfeindlicher;
- «Alternative» mit einer relativ geschlossenen Lebenskultur, spontan und eher individuell auf eine Änderung der Lebensformen konzentriert (Stichworte: Bauernhof, Biokost, Grün-Fundamentalisten);
- «Hedonisten» mit meist abgesichertem materiellem Hintergrund aus den «neuen Mittelschichten», ebenfalls mit einer relativ geschlossenen Lebenskultur (Stichworte: städtisch, liberal, Schickerialokale, Zeitschrift «Wiener»);
- eine im Vergleich zu anderen Ländern schwach ausgeprägte Szene der «Subkultur» (Stichworte: Punks, Gassergasse);
- immer stärker politisierte religiös motivierte Jugendliche;
- die nach wie vor grösste Zahl von «angepassten» Jugendlichen mit bürgerlichen oder kleinbürgerlich-aufstiegsorientierten Wertmustern;
- schliesslich die ebenfalls grosse Zahl von Jugendlichen aus dem traditionellen Arbeitermilieu, meist nicht besonders für Ziele, die ausserhalb des unmittelbaren Lebenshorizontes liegen, engagiert.

Zwischen diesen – keineswegs fest abgegrenzten Gruppen – gibt es ebenso wechselnde «Bündnisse» wie bei den «Erwachsenen» – nur viel häufiger. Ausdruck dessen sind etwa die «Neuen sozialen Bewegungen»: Frauen-, Friedens- und Ökologiebewegung. Vor allem letztere trifft sich voll mit den neuen Wertvorstellungen von immer mehr Menschen auch aus der älteren Generation:

- unmittelbare «Selbstverwirklichung» statt unmittelbarer nur-materieller Ausrichtung: mehr Zeit für Kommunikation,

Eigenschau, Freunde statt für die Karriere;

- direkte Mit- und Selbstbestimmung in allen Bereichen statt indirekter;

- mehr überprüfbare «Subjektivität» auch in der Politik statt sachzwangorientiertem, glattem Technokratenverhalten;

- eine stärkere Berücksichtigung und Kontrolle der Persönlichkeit. Kritik an der «Charaktermaske» von Politikern und dem traditionellen Funktionärentypus;

- eine grössere Sensibilität für «idealistische» Ziele wie soziale Gerechtigkeit, Naturerhalt oder Solidarität statt der ausschliesslichen Verteidigung von quantitativen Wachstumsraten.

Josef Cap ist sozialistischer Abgeordneter im österreichischen Nationalrat und Vizepräsident der sozialistischen Jugendinternationalen. Peter Pelinka ist Redaktor an der Wiener «Arbeiter-Zeitung».

6. Schlussfolgerungen

Die SPÖ könnte mit diesem Wertewandel an sich am besten von allen drei «etablierten» Parteien fertig werden. Viele dieser Ziele sind humanistisch-demokratische, die im Rahmen der sozialistischen Strategie unverzichtbar sind. Hainburg hat freilich einen grossen Graben innerhalb derjenigen Wählgemeinschaft aufgerissen, die der SPÖ bis 1983 die absolute und danach die relative Mehrheit gebracht hat. Das Bündnis aus «traditioneller» Arbeiterbewegung, liberal-demokratischen Intellektuellen («Kreisky-Wähler») und neuerdings Teilen der neuen sozialen Bewegungen, vor allem innerhalb der Jugend, ist zerbrochen. Gerade im nicht nur quantitativ wichtigen Teil der studierenden Jugend werden diese Gräben kurzfristig kaum

zu schliessen sein (schon heute beträgt der Anteil der SPÖ-Wähler unter ihnen nur mehr 13 Prozent gegenüber 21 für die «Grün-Alternativen»). Unter dieser Voraussetzung wäre es vermessen, an eine absolute Mehrheit im Jahre 1987 zu denken.

Realistisch muss man auch davon ausgehen, dass die derzeitige Form der Koalition über 1987 hinaus nur geringe Überlebenschancen hat. Vor allem in Fragen der Energiepolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik stehen trotz des Umdenkprozesses in Sachen Hainburg noch weitere Hürden bevor. Der Dorn im Auge, den gerade vielen «Kreisky-Wählern», Intellektuellen und Künstlern die FPÖ ist, ist einer nach wie vor bedeutenden Wähler- und Funktionäreschicht des «nationalen» FP-Flügels die SPÖ. Bei einem Antreten einer einigermaßen geschlossenen und glaubwürdigen Grün-Gruppierung muss die FPÖ ums Überleben bangen.

Die schlechteste Alternative dazu wäre eine grosse Koalition. Sie würde die Widersprüche innerhalb der Grossparteien nur verschärfen. Die «Sozialpartnerschaft auf Parlamentarier-ebene» hätte in Wirklichkeit keinerlei integrative Kraft, das Protestpotential würde auf allen Ebenen gestärkt werden.

Falls die ÖVP trotz aller derzeitigen Schwächen die stärkste Partei würde, bliebe der SPÖ nur der Gang in die Opposition. Was vom Standpunkt parteiinterner Erneuerung sympathisch, vom Standpunkt der generellen gesellschaftspolitischen Weichenstellung in Österreich keineswegs angenehm wäre.

Die einzige Möglichkeit für den Erhalt der Mehrheitsfähigkeit der SPÖ beziehungsweise für die Möglichkeit einer demokratisch-fortschrittlichen Gesellschaftsveränderung ist das Beschreiten eines dritten Weges abseits des Festhaltens an der klei-

nen Koalition um jeden Preis und den immer stärker werdenden Kassandrarufer nach einer grossen Koalition: der des Weiterbestehens eines rot-grünen Wählerbündnisses. Ob dies weiter im Rahmen der SPÖ möglich sein wird (was sicher einfacher wäre) oder durch andere Formen der Zusammenarbeit beziehungsweise der Koalition mit neuen grün-alternativen Gruppen wird erst die Zukunft weisen. (Unabhängig von den grossen Differenzen mit Günther Nennung oder Freda Meissner-Blau kann man mit ihnen sicher besser reden als mit Alexander Tollmann oder Herbert Fux.) Viel wird davon abhängen, wie Hainburg bewältigt wird: mit Verdrängung oder Aufarbeitung. Und ob man aus letzterem folgende Konsequenzen zu ziehen bereit ist:

a) Fortführung der Initiativen zum Schutz der Umwelt, die am 15. Januar als Regierungsprogramm bekanntgegeben wurden;

b) Festhalten am Prinzip der Errichtung weiterer Donaukraftwerke und des Ausbaus der Wasserkraft als einzig sauberer Energiequelle bei gleichzeitigem Abgehen vom derzeit geplanten Standort;

c) Auflösung der einzelnen Landesgesellschaften der Energiewirtschaft (notfalls durch ein neues Verstaatlichungsgesetz) und Schaffung einer einzigen, demokratisch kontrollierten Gesellschaft bei gleichzeitiger Beseitigung der zahlreichen angesammelten Privilegien in diesem Bereich. Personelle Konsequenzen allein werden zuwenig sein;

d) endgültige Versenkung Zwentendorfs in der energiepolitischen Gruft;

e) Ausbau der direkten Demokratie (etwa durch Schaffung eines Gesetzes, wonach ab einer bestimmten Höhe von erreichten Unterschriften für ein Volksbegehren verpflichtend ei-

ne Volksabstimmung abzuhalten ist. Ferner Stärkung des Persönlichkeitswahlrechtes und der realen Freiräume für einzelne Abgeordnete unter weitgehender Vermeidung des Klubzwanges.

f) Änderung der personellen Zusammensetzung aller gesellschaftlicher Machtträger bei gleichzeitigem Abbau der Hierarchien entsprechend dem Wertewandel in weiten Teilen der jüngeren Bevölkerungsgruppen und angesichts der Tatsache,

dass die alters- und einstellungsmässige Verkrustung der Machtapparate beinahe schon kremlmässige Züge angenommen hat.

Sicher ist jedenfalls eines: Die Reduzierung der SPÖ auf klassische «Kernschichten» (die schon soziologisch immer kleiner werden) würde eine 35-Prozent-Partei kreieren. Die hätte zwar mit einer gleich starken ÖVP noch immer eine 70prozentige Mehrheit und könnte Hainburg und Zwentendorf

durchsetzen. Gleichzeitig würde durch eine solche «Koalition der Verlierer» (Erhard Busek) endgültig der Anspruch auf demokratische Gesellschaftsveränderung auf dem Altar eines sozialen Scheinfriedens geopfert werden. Der aber würde rasch zu einem um so heftigeren Unfrieden führen, da das Protestpotential drastisch an Grösse gewinnen würde und Identifikationsfiguren im Bereich der traditionellen Parteien verloren gingen.